

# KulturStadt soll bei 14 Positionen sparen

VON MONIKA KLEIN

**LEVERKUSEN** Die Ratsmehrheit JamaicaPlus (CDU, FDP, Grüne, Freie Wähler) will den Stadttat 2012 erst im Februar beraten. Dies widerspreche einem Ratsbeschluss, rügt die SPD. Wenn dies aber so beschlossen werde, dann müsse dies auch für den Betriebsausschuss KulturStadtLev, fand Ernst Kückler (SPD). Für die Stadt-Tochterfirmen KSL und Sportpark gelten aber besondere Regeln. „Wo wir mit Wirtschaftsplänen arbeiten, vertreten wir eine andere Haltung“, erklärte Bernhard Marewski (CDU) und begründete: „Was wir haben, das haben wir, nicht dass jemand auf die Idee kommt, mehr einsparen zu wollen.“ Was nicht geht, beschrieb Hans Klose (SPD): „Wir sind nicht am Ende der Fahnenstange, wir haben überhaupt keine mehr.“ Trotzdem wird die Fahne hochgehalten.

## Zuschussbedarf von 840 000 Euro

So kam es doch zur Abstimmung über den Kulturetat 2012, der sich deutlich von den vorangegangenen unterscheidet. Darin sind einige Ausgaben erheblich niedriger angesetzt als in den Vorjahren, so dass am Ende ein Zuschussbedarf herauskommt, der um rund 840 000 Euro niedriger liegt. Tatsächlich kann der Betrieb in den Einrichtungen ohne das Geld nicht fortgesetzt werden. Nichts ist billiger geworden, stattdessen müssen noch Steigerungen bei Personal- oder Energiekosten aufgefangen werden. Die Einsparung verteilt sich auf 14 Pos-

ten, die mit einem Zusatz versehen sind. Darin steht der benötigte höhere Bedarf, der nur ausgegeben werden kann, „wenn Drittmittel zur Verfügung stehen“. Die werden in Form von Spenden und Sponsoring fließen, versicherten KSL-Leiterin Marion Grundmann und Dezerent Marc Adomat in der folgenden heißen Diskussion mehrfach.

## Plötzlich werden Zweifel laut

Es geht um das Ziel, rund sieben Millionen Euro für die Gütergleisverlegung an der Bahnstadt Opladen zur Seite zu legen. Das Geld wird über zehn Jahre aus dem Kulturetat gezogen, der die Mittel durch Spenden wiederbekommt, hat Oberbürgermeister Reinhard Buchhorn versichert.

Als dieser legale Trick, den die Aufsichtsbehörde genehmigt, im Herbst vorgestellt wurde, blieben die Politiker während der Sonder Sitzung erstaunlich ruhig. Einigen schien die Tragweite erst bewusst zu werden, als die Umsetzung schwarz auf weiß in den Wirtschaftsplan eingearbeitet, vorlag. Da zweifelten Mitglieder verschiedener Fraktionen, ob die Zusagen verlässlich seien und das Geld auch pünktlich fließen werde.

Kritik kam von Klose, der von Anfang an Skepsis gegen das Finanzierungsvorhaben hegte. Grundmann blieb ruhig. Ein Teil sei bereits geflossen. Ihre Aufgabe ist nun, Sponsoringverträge zu schließen und die Verwendungszwecke der Spenden so anzupassen, dass die Kulturvorhaben bezahlt werden können.